

[Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pro- numerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., ein- zeln 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark. Kreuzband-Abonnements pro Quartal u. Exemplar: Für Deutschland und Österreich 3 Rm. — Pf. Niederlande und Belgien 3 60 England und Frankreich 4 50 Amerika (Beeren Staaten) 5 50 Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen pro- numerando gezahlt werden.

Neuer

Social-Demokrat.

Eigenthum der Casselleaner.

Redaktion und Expedition: Berlin, Oranienstraße Nr. 8, 80.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spektre- entgegengenommen.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro stichspaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet. Veranlagungsannoncen die 6-spaltige Zeile mit 20 Pf. Sogenannte Klammern werden nicht aufgenommen.

An unsere Abonnenten und Leser.

Wir stehen am Ende des ersten Quartals und können stolz und mit Genugthuung auf unsere Thätigkeit im verflo- senen Quartal zurückblicken. Doch allein haben wir dies Re- sultat nicht erzielt, sondern alle Leser und Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat“ haben durch Opferwilligkeit, Aus- dauer und zahlreiches Abonnement mit zu diesem günstigen Resultat beigetragen. Wir rechnen Euch Parteigenossen dies um so höher an, weil wir wissen, welchen Druck der „große Krach“ gerade auf Euch, auf unseren Leserkreis, ausübt.

Es ist ja bekannt, wie gerade der Arbeiter die Sünden der heutigen Gesellschaft büßen muß, und deshalb gerade wird Euer Opfermuth bei alle denen, die es sich zur Aufgabe ge- macht haben, für Eure Rechte, für die Rechte des vierten Standes, zu kämpfen, um so mehr Hochachtung und Anerken- nung finden.

Es wird für uns ein neuer Sporn sein, im kommenden Quartal mit erneutem Muth an die Arbeit, in den Kampf zu gehen, und hoffen wir dann von Euch, daß ihr uns auch fer- ner mit Opferfreudigkeit entgegenkommt; dies aber könnt Ihr nicht besser bethätigen, als durch ferneres zahlreiches Abome- ment auf den „Neuen Social-Demokrat“ und die „Social- politischen Blätter“. Die Presse, wie sehr sie auch noch be- schränkt ist, ist doch unsere gewaltigste Waffe. Darum von Neuem zum neuen Quartal frisch auf zum Abonnement!

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen auf den „Neuen Social-Demokrat“, pro Quartal für 1,60 M. (16 Sgr.), in Berlin alle Zeitungsbedeuteure pro Quartal 1,95 M. (19 1/2 Sgr.), pro Monat 65 Pf. (6 1/2 Sgr.) Die „Social- politischen Blätter“ kosten pro Quartal bei der Post 1 Mark (10 Sgr.). Die Redaktion und Expedition.

Inhalt.

Fabrikantenpiegel. (Fortsetzung). Politische Uebersicht: Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Arbeiterleben. — Fabrikantenunmuth. — Zur Korruption in Öster- reich. — Die „Berliner Bürgerzeitung“. — Bismarckomanie. Die „Casselle'sche Westentaschen-Zeitung“ kein Verein. (Fortsetzung). Korrespondenzen: Wandsbeck. — Ottenen. — Frankfurt a. M. — Bremen. — Wittenberg a. M. — Schmöln. — Astenen. — Orafen- berg. — Eila. — Hrenenburg. — Städtst. — Domburg. — Kiel. — Cötkus. — Gellsholzen. — Uebien. — Wilhelmshaven. — Altona. Ein Obertribunalbeschluss. Vermischtes. Penultion: Zur Grundbesitzwirtschaft.

Fabrikantenpiegel.

III.

(Arbeitslohn und weiße Rigger.)

„Meine Rigger sind gottverdammmt lustig“ — eine andere Antwort hat wohl niemals ein Mensch von einem ameri- kanischen Plantagenbesitzer bekommen, wenn derselbe nach der Lage

Zur Gründerwirtschaft.

Mittwoch, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, war von einem Herrn Fechner eine Versammlung der Aktionäre der Wöh- leri'schen Maschinenbau-Aktiengesellschaft im Cafe Humboldt in Berlin berufen, um angeblich Entschlüssen zu machen über die Art und Weise dieser „Gründung“, resp. der gegenwärtigen Ver- waltung des Etablissemens.

Die Entschlüssen bestanden nun im Wesentlichen in folgen- den drei Punkten:

Fechner behauptete: I. Die Gründer hätten den Namen des Justizrats und Reichstagsabgeordneten Dr. Braun ohne dessen Zustim- mung unter den seiner Zeit erschienenen Prospekt gesetzt; das sei also Namensfälschung; welche Behauptung Fech- ner durch 2 Briefe von der Hand des Dr. Braun zu beweisen versuchte. In dem ersten dieser Briefe behaup- tete Dr. Braun, er sei niemals an genaunter Gründung theilhaftig gewesen; im zweiten sagte er, er habe sich nach Durchsicht der Akten überzeugt, daß er zwar Anfangs daran theilhaftig gewesen, aber bald zurückgetreten sei, weil ihm ein Prospekt in den Zeitungen zu Gesicht ge- kommen, worunter sein Name gestanden hätte. (Merkwürdig!)

II. Der Generaldirektor der Fabrik, Herr Müller, sei Ver- waltungsrath und Mitglied vieler anderer Aktiengesell- schaften, so unter anderen einer, die der Wöhleri'schen Gesellschaft die Feilen liefert. (Was Geschäft!) Abse- rend sei genannter Direktor im Prospekt ihnen angeple- sen als derjenige, der schon seit 23 Jahren die technische Leitung der Fabrik habe; dies sei ebenfalls eine Lüge gewesen, denn es könne nachgewiesen werden, daß dies noch vor ca. 10 Jahren ein Anderer gewesen sei.

seiner Sklaven gefragt wurde. Und wenn die Schwarzen Abends nach vollbrachter Arbeit aus Herrenhause vorbei nach ihren Hütten getrieben wurden, dann sangen sie allerdings die lustigsten Lie- der, und hatten dazu den besten Grund, denn wer nicht mit- sang, und eine mürrische Miene zog, machte ganz bestimmt mit der Heppische Bekanntschaft; weshalb sollte er da nicht lustig sein! Nicht wahr, Ihr Herren Fabrikanten?

„Ja, das waren Negersklaven; was gehen die uns an; wir beschäftigen freie, glückliche Arbeiter von weißer Haut- farbe“ — wir wissen schon, so wird die Antwort lauten; aber halt, gerade das ist die Redensart, welche der wahrhafte Fabri- kantenpiegel wieder spiegeln soll. Ein Fabrikant, der über seine Arbeiter ein anderes Urtheil fällt, als daß es ihnen beispiellos gut geht, daß sie bei mäßiger Arbeitszeit die höchstmögli- chen völlig auskömmlichen Löhne beziehen, daß sie jederzeit sparen können, daß es nur an ihrer Trägheit und Lieber- lichkeit liegt, wenn sie in Roth gerathen — ein solcher Fabri- kant ist aus der Art geschlagen, er ist ein weißer Kabe. — „Gottverdammmt lustig,“ wüßten die Kette sein, und wenn sie es nicht sind, nun dann haben nur die „social-demokratische Decker“ die Schuld.

Nun, Ihr Fabrikanten, was die Lage Eurer Arbeiter be- trifft, da spiegelt sie zunächst nur einmal direkt gegenüber den materiellen Verhältnissen jener einstmal so viel bejamerten Neger- sklaven. Und wir wollen hier die Aussagen einiger Gewähr- männer vorführen, welche selbst in Sklavensklanten aufgewachsen sind, doch aus moralischen Gründen die Sklaverei verdammen.

Herr Hils, Sohn eines Plantagenbesizers im Staate Georgien, giebt folgende Thatsachen an: Die Negerklanten der Baumwollplantagen sind in der verhältnismäßig schlechtesten Lage, sie erhalten nicht desweniger meist jeden Tag, in der Zeit der Baumwollenernte, Fleischkost; ihre tägliche Arbeitszeit dauert für gewöhnlich sieben Stunden, nur in der Erntezeit elf Stunden täglich.

Herr Pethe, Sohn eines deutschen Arztes in Brasilien und Direktor einer Geschäftegesellschaft in Rio de Janeiro, theilt mit: Die Neger bekommen täglich drei Mahlzeiten und jedesmal Fleisch, meist freilich getrocknet; die Arbeitszeit ist Morgens vier bis fünf und Abends drei Stunden täglich; vor Auf- und nach Untergang der Sonne wird gearbeitet.

Was sagt Ihr zu solchen Zuständen, Ihr Herren Fabri- kanten? Ob Eure weißen Arbeiter wohl solche Arbeitszeit und täglich kräftige Fleischkost haben, wie die „Rigger“?

Katürlich, eine ganze Fluth von Schilderungen der Schmelze- rei unserer deutschen Arbeiter müssen wir als Antwort hören. Da sagt Ihr: „Die Berliner Steinträger verdienen 6 Thaler täglich und trinken Champagner aus Weißbiergläsern“ — da jährt Ihr Euren Hartort, der led behauptet, „ein Düsseldorf'scher Mourer- gesell habe beim Geburtstagsmahle 10 Flaschen Rildesheimer und 6 Flaschen Champagner verprobt“ — und nun meint Ihr, mit solchen elenden Zeitungs- und Kalenderwigen hätte Ihr be- wiesen, der deutsche Arbeiter lebe herrlich und in Freuden, „der weiße Rigger sei gottverdammmt lustig.“

Nun, wir führen andere Beweismittel an das Feld: Der preussische Finanzminister von Camphausen hat erklärt, auf Grund amtlicher statistischer Erhebungen, daß sechs und eine halbe Million Kassensteuerpflichtiger Preußen weniger als 140 Thaler an jährlichem Einkommen hat. Die Autoritäten der medizinischen Wissenschaft haben konsta-

III. Im vorigen Jahre habe man 500,000 Thaler Hypothe- ken aufgesammet seitens der Direktion; und von diesen seien in der That die Dividenden gezahlt worden; in Wirklichkeit sei gar kein Geld zur Vertheilung von Di- videnden vorhanden gewesen.

Von einem Herrn, dessen Name uns entfallen, wurde nun dagegen eingewendet, daß man, so weit es die Theilnahme des Dr. Braun anlauge, sich davon überzeugen könne, daß dieser wirk- lich theilhaftig gewesen sei.

Man brauche nur zum Handelsrichter zu gehen und würde finden, daß Dr. Braun's Unterschrift dort wirklich in den Akten vorhanden, und zwar nicht allein in dem Verkaufsinstrument, sondern auch in dem Prospekt, der damals veröffentlicht sei; bei letzterem fehle jedoch die Legalisirung.

Im Uebrigen sei es ja leicht möglich, daß Dr. Braun bei der Theilnahme seiner Thätigkeit auch bei Gründungen vergessen habe, daß er auch bei dieser Gründung theilhaftig gewesen. (Originell.)

Die Handlung des Einberufers der heutigen Versammlung verliere aber wesentlich an Werth, wenn man wisse, wie dieser schon seit langer Zeit versucht habe, eine Pression auszuüben auf den Direktor Müller, resp. auf den alten Herrn Wöhleri, ihm seine Aktien (dieselben stehen jetzt auf 40) al pari retour zu kaufen; als ihm dies aber nicht gelungen, als man ihm im Ge- gentheil nur 70 geboten habe und schließlich die Verhandlungen ganz abgebrochen wurden, habe er diese Versammlung einberufen, wodurch er jedenfalls nicht sich nur, sondern allen Aktionären und dem ganzen Unternehmen schade; denn die heutige Versammlung könne leicht Ursache werden, daß morgen die Aktien auf 30 stie- len, während sie heute noch 40 ständen und hoffentlich wieder höher steigen würden, sobald man nur der Fabrik nicht das Vertrauen entzöge. Er kenne nur ein Mittel, das Unternehmen sofort zu heben, und das sei kein anderes, als daß die Herren Aktionäre

tirt, daß die bei Weitem große Mehrzahl der Krankheiten und Sterbefälle, durch die Mangelhaftigkeit der Wohnungen und der Körperpflege, durch schlechte Nahrung bei gefährlicher, allzu- früher und allzulanger Arbeit erzeugt wird, Alles Folge des Roth- frandes, und daß daher im Durchschnitt, wie neuerdings die englische Statistik erwiesen hat, nur halb so viel Menschen aus der Arbeiterklasse als von den Wohlhabenden das dreißigste Le- bensjahr erreichen.

Wer magt es, die Beweislast solcher Thatsachen zu er- schüttern?

Das Arbeiterleben nimmt, kurz gesagt, diesen Verlauf: Auf Stroh geboren, von kränklicher Mutterkraft gelugt oder als Haktelind aufgezogen, erkrankt das Proletariatkind kaum dem dreihemwärtigen Kinderalter der heutigen Gesellschaft. — Das Proletariatkind, dem Hunger und Kummer die frühesten Lebensjahre schon verpeffen, lernt im besten Fall mit laopper- Roth lesen und schreiben und um so mehr Bibelsprüche, vielleicht auch durch die Lehrmeisterin Roth Betteln und Stehlen. — Sobald das Kind die Hände regeln kann, da heißt es, fort in die Fabrik oder hinaus auf's Feld, da wird gekloppt, oder es werden Ketten gelassen, aber das frische Jugenblüthen wird gemordet, um einiger armseligen Pfennige wegen. — Der Knabe reift zum Jüngling und zum Mann; wenn's Arbeit giebt, so wird sich für das nackte Leben geplogt, daß die Kraft bald ausgegertelt wird; wenn's einen Bierkrach giebt, da giebt's auch keine Arbeit, es wird gekungert; und bei alledem heißt es: „Fürchte den Herrn, der Gewalt über Dich hat.“ — Das Mäd- chen reift zur Jungfrau; wenn's Glück ihr günstig ist, dann arbeitet sie angestrengt gleich dem Manne, nur um noch längeren Lohn; wenn nicht, dann mag sie ihren Leib für's Brod ver- kaufen, sich Büßlingen preisgeben, an denen es nicht fehlt. — Die Arbeiterfamilie wird gegründet, schönes Familienleben das, wenn Mann, Weib und Kinder sich kaum sehen, in Fabriken ar- beiten müssen und bei jeder Krankheit, bei jedem Unfall das letzte Hab und Gut in's Pfandhaus wandert. — Und hat dem Proletar- iat im Laufe der Zeit nicht eine Arbeiterkrankheit oder ein Ar- beiterunglück rasch und schrecklich den Lebensfaden, zerschnitten, dann winkt dem Greis am Lebensabend, nachdem die Spar- pfennige verzehrt sind, das gastliche Armenhaus.

Zeigt mir, wenn Ihr es könnt, daß das Proletariatlos ein anderes ist! Doch Ihr müßt verkommen!

Auf die Hautfarbe kommt es nicht an, um „Rigger“ zu sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März.

* Die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 18. März, auf deren Tagesordnung die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geist- lichen stand, war auf jeden Fall eine der interessantesten der bisherigen Session. Abgesehen davon, daß wir in ihr wieder ein Stückchen „Kulturkampf“ zwischen Staat und Kirche erblickten, fand auch wieder einmal eine Citation des „rothen Gespenstes“ statt, die, wie es scheint, im Abgeordnetenhause von den verschie- denen Parteien zum „Graulichmachen“ der Gegenparteien nun- mehr öfter angewandt werden soll. Im Uebrigen erregte die

sich dazu bequemen — es würde Ihnen zwar schwer fallen, es sei aber das einzige — je zwei Aktien zu einer zusammenzu- schmelzen, das heißt, das Aktienkapital auf die Hälfte zu reduzi- ren, dann würde man nächstes Jahr mindestens 8 pCt. Dividende erhalten. Durch solche Versammlungen, wie heute, und durch solches Vorgehen, wie das des Herrn Fechner, wurde die Sache nicht gefördert, sondern nur derselben geschadet.

Zum Beweise seiner Behauptungen, daß Herr Fechner nicht das Interesse der gesamten Aktionäre wahre und nie habe woh- ren wollen, verlas er einen Brief, den derselbe an Herrn Wöh- lert geschrieben, und worin derselbe sich erbot, aber Alles, was er zum Nachtheile des Unternehmens wisse, zu Schweigen, so bald man ihm für seine Aktien in Summa noch 160 Thaler mehr zahle, wie man ihm geboten habe.

Hieraus geht jedenfalls zur Gewißheit hervor, daß Herr Fechner nur stils für sich geforgt habe, und er hätte gewiß diese Versammlung nicht einberufen, auch Keinem ein Wort von seinem Mißtrauen gesagt, hätte er nur das geforderte Geld bekommen; es sei deshalb jedenfalls seitens der Versammlung rathsam, nicht auf die Verdächtigungen des Herrn weiter einzugehen, denn da- durch würden sie nur ihr eigenes Interesse schaden; man möge, da Herr Fechner nur so wenig Interesse für die Gemeinamkeit gezeigt, auch ferner ihn für sich selbst sorgen lassen, und sich nicht von demselben als Werkzeug seiner Pläne brauchen lassen.

Der zweite Punkt in Betreff des Generaldirektors wurde zugegeben, aber nicht als wesentlich hingestellt; wenn derselbe auch nicht gerade seit 23 Jahren technischer Leiter der Fabrik, so sei es doch erwiesen, daß derselbe seit seiner Zeit, die er im Etablissemnt beendet, die sogenannte rechte Hand des alten Herrn Wöhleri sei, was jedenfalls beweise, daß er ein bedeutendes Ver- trauen genießt.

Der dritte Punkt, betreffend Aufnahme von Hypotheken und

Artikel" ansetzen will, so liegt er ihm in dem Produkte der Liberalen "Bürgerzeitung" vor. Sicher aber ist ein „altpolitischer Social-Demokrat“ ein ehrlicherer, anständigerer Kerl, auch wenn er eine Majestätsbeleidigung begeht, als ein Regierungsräthliches, weisheitsmännliches Prekoptil.

* Zur Bismarckomanie. An den Fürsten Bismarck ist von Weilsburg aus folgende telegraphische Adresse gerichtet worden: „Ihren gesteigerten mächtigen Worten im Abgeordnetenhaus zu dem jetzigen großen Gafstestampfe: „Mit Gott für König und Vaterland!“ spricht die wärmste, jabelnde Zustimmung aus die heute hier tagende freie Konferenz evangelischer Geistlichen und Laien im Ober-Sachsenlande.“

Die „Passalle'sche Westentaschen-Zeitung“ kein Verein.

(Fortsetzung von S. 11.)

In dem Termin vor der VII. Deputation des Stadtgerichts war Staatsanwalt Lessendorf, der Verfasser der Anklageschrift, nicht Ankläger, sondern der Staatsanwalt Simon von Zastrow. Nachdem die Anklage verlesen worden, richtete der Präsident Reich zunächst an Radow die Aufforderung, selbige zu beantworten.

Radow erwidert: er habe nach Schließung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins keine weitere strafbare Vereinsfähigkeit angeeignet, werde jedoch mit seinem Beweismaterial zurückhalten, bis er im Plaidoyer die Ausführungen des Staatsanwalts gehört; er wolle im Uebrigen bemerken, daß er zur Zeit, wo er nach der Anklage die Kasse des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins geführt haben sollte, nicht in Berlin, sondern in Hamburg wohngestanden sei, und in ersterer Stadt sich nur besuchsweise aufgehalten habe; nach erfolgter Schließung sei er nach Hamburg geehrt, und habe, nach der Wiederkehr nach der Expedition des „Neuen Social-Demokrat“ übernommen.

Was die „Passalle'sche Westentaschenzeitung“ betrifft, so bemerkte der Präsident dem Staatsanwalt gegenüber, ob derselbe diesen Anklagepunkt fallen lassen wolle, und in der That verzichtet derselbe von vorn herein auf den Versuch seines Kollegen Lessendorf, aus der „Westentaschen-Zeitung“ eine Fortsetzung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu folgern.

Der Präsident führte dagegen an, daß bei den Akten eine Zahlungseinforderung an Radow, als Kassirer des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins, sich befindet, und zwar vom 10. Juli datirt, also lange nach der Schließung. Radow bestreitet jedoch, von jener Anweisung Kenntnis zu haben, da er in jener Zeit gar nicht in Berlin gewesen sei.

Weiter wird der Brief Vater's aus Hamburg vorgelesen, wonach Hasenclever ein anderer Kassirer, an Stelle Radow's, in Vorschlag gebracht wird. Hierzu bemerkt Radow, daß dieser Brief durchaus nicht beabsichtigt für ihn sei, weil demselben ja eine Quittung seines Amtes als Kassirer habe voraus gehen müssen.

Als Belegpunkt wird sodann angeführt, daß Kassenbücher vorkämen, in welche noch im Juli vom Angeklagten Eintragungen vorgenommen worden seien. Radow findet dies im Allgemeinen richtig, bemerkt jedoch, die Eintragungen darin, die nach der Schließung erfolgt wären, seien sämtlich Nachtragungen und private Notizen, welche theilweise in einem Tage von Aufzeichnungen abgeschrieben seien, der Herrschaft Jacobs während Radow's Abwesenheit gemacht habe, damit Letzterer einerseits über die ihm überföndeten Gelder sich hätte rechtfertigen können, andererseits auch hätte ermitteln können, wie viel Geld Jacobs während seiner Abwesenheit für den „Neuen Social-Demokrat“ eingenommen habe. Eine verzeichnete Zahlung von 40 Thalern wird von Radow als ein Theil seines Gehalts als Expedient bezeichnet.

Bei dieser Gelegenheit weist der Staatsanwalt darauf hin, daß die Aufschreibe der blauen Umschläge der Geschäftsbücher auf den Allg. deutsch. Arb.-Verein hinwies. Radow erwiderte jedoch, daß er diese Umschläge in der Expedition vorgefunden und für seine Privatnotizen beibehalten habe.

Der Präsident fragt an, wann Radow die Kasse abgegeben, worauf Letzterer erwidert: am 1. Juli, und sich dabei auf das Zeugniß Vater's in Hamburg, als seines Nachfolgers im Kassieren des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, beruft.

Der Präsident wendet sich hierauf zu Derosoffi, und fragt, wann dieser nach Bremen verzogen sei, worauf derselbe antwortet: am 10. August; in der Zeit vom 28. Juni bis 10. August habe in Berlin ein Verein nicht mehr bestanden, mithin habe er dort auch keine Thätigkeit ausüben können; ebenso sei es dem Staatsanwalt nicht möglich, aus den 30 bei der Handsuchung konfiszierten Briefen ihm eine solche Thätigkeit nachzuweisen.

Hinsichtlich der Behauptung der Anklage, daß Hasenclever die Präsidentenwahl zum 10. Juli ausgeschrieben und Derosoffi als Sekretär benannt habe, erklärt dieser, auf jenes Zeitungsbüchlein kein Gewicht legen zu können; er verlange vom Staatsanwalt den Beweis, daß er bei dieser Wahl wirklich thätig gewesen sei.

Es erfolgt darauf das Zeugniß des von Hasenclever und Stahl.

Letzterer erklärt, bei der Anklage interessiert zu sein, da sie möglicherweise ihn selbst betreffen könne. Derselbe wird daher nicht befragt.

Stahl sagt aus, daß er, als Berliner Beitragsammler, von Radow nach Reimer Mitte Juni 1871 (also zur Zeit der Verlegung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins nach Bremen) die Mitgliedslisten zurückgeholt habe.

Hasenclever sagt aus: Mit Bestimmtheit wisse er nicht, es sei möglich, daß Derosoffi noch Arbeiten als Sekretär nach der Schließung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins gemacht habe, von Radow könne er nicht sagen, weil derselbe nach Hamburg abgereist sei. Daraus sei zuerst Worte von Vater zum Kassirer vorgeschlagen und später Vater selbst vom Zeugen als Kassirer ernannt worden. Auf die Frage, ob Zeuge zugebe, daß Radow die nöthigen Arbeiten zur Ueberführung der Geschäftsbücher an Vater in Hamburg gemacht und ob Vater am 1. Juli sein Amt angetreten, erwidert Hasenclever, er könne dies nicht genau sagen.

Derosoffi bestreitet, daß er Sekretariatsarbeiten gemacht; es sei dies nur eine Vermuthung von Hasenclever.

Hasenclever antwortet: mit Bestimmtheit könne er die Thätigkeit Derosoffi's nicht behaupten, er habe diese nur vermuthet. Dem Antrag zur Präsidentenwahl habe er wohl erlassen, ob Derosoffi der Aufforderung aber nachgekommen sei, wisse er nicht. Die Anweisung an Zielowski sei von Derosoffi, nicht von Radow geschrieben, wie auch der Brief Vater's beweise, daß Radow keine Thätigkeit als Kassirer angeeignet habe.

Der Staatsanwalt begründet seine Anklage damit, daß der § 16 Absatz 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 von den Angeklagten übertreten sei und dies namentlich scharf bei hervortretenden Mitgliedern des Vereins gestraft werden müsse. Beweise seien dafür da, daß die Gesetze nicht von den Social-Demokraten respektirt würden; es bedürfe deshalb bei so hervorragenden Personen des Vereins nicht der thatsächlichen Beweise, sondern nur der Indizienbeweise. Als Grundlage für eine andere Verurteilung gegen Hasenclever sei bereits angenommen, daß die Verlegung des Vereins nach Bremen nur eine Umgehung des Gesetzes gewesen sei, indem dieselbe, wie bereits anerkannt sei, nichts an der Sachlage geändert habe.

Der Staatsanwalt führt dann weiter aus, daß Derosoffi eingebracht habe, am 11. August in Bremen die Vereinsgeschäfte übernommen zu haben; selbstverständlich gehöre zu einem solchen Posten eine genaue Geschäftskennntniß, und es könne durchaus nicht angenommen werden, daß in dem Zeitraume vom 28. Juni bis 11. August eine mit den Geschäften gänzlich unbekannt Person mit Führung derselben betraut worden sei. Hasenclever gehe dies zum Theil selbst zu, und er müsse doch wissen, wer seine rechte Hand in der Vereinsleitung gewesen sei. Daß Derosoffi diese Person sei, dafür spreche auch die Bekanntmachung der Präsidentenwahl, denn es werde darin gesagt, daß Derosoffi eine Thätigkeit ausüben werde; er sei mithin Sekretär gewesen.

Was Radow anbelange, so liege die Sache anders, und hier sei nur erwiesen, daß derselbe nach Schließung des Vereins sein Amt niedergelegt habe; es bleibe aber immer noch ein Zwischenraum von mehreren Tagen, und für die Thätigkeit während dieser Periode eine Strafe festgesetzt werden. Am 11. Juni seien von Derosoffi die Vorstandsmitglieder des Allgem. deutschen Arb.-Vereins, und unter denselben auch Radow, in Bremen angemeldet worden. Letzterer müsse mithin gemußt haben, daß Radow noch Kassirer gewesen sei; daß Radow in Hamburg gewesen, sei ganz unzweifelhaft, denn es komme nicht darauf an, wo er für den Verein thätig sei, sondern ob er überhaupt für denselben eine Thätigkeit angeeignet habe. (Angeklagter Radow: Oho!) Es kommt ferner nicht darauf an, ob Radow zu dem Zeugen Stahl gesagt habe, er wolle kein Mitglied des Vereins sein, sondern ob er dies auch wirklich ausgeführt habe. Er halte dies für ein abstraktes Manöver. Thatsächlich habe Radow die Kassengeschäfte versehen, und ob ihn die nächsten Parteigenossen nun als Kassirer angesehen hätten oder nicht, das könne gleich sein.

Der Brief von Vater aus Hamburg liefert den Beweis, daß sein Rücktritt in der That nicht erfolgt gewesen sei, sonst würde der ganze Brief, welcher für einen etwaigen Rücktritt eine andere Person in Vorschlag bringt, hinfällig sein.

Es bleiben schließlich noch die Eintragungen in die Kasse übrig. Wenn vom Angeklagten gesagt werde, es seien dies nur seine Privatnotizen gewesen, so sei zu bemerken, daß er sich doch immer noch für verpflichtet gehalten, für den Allg. deutsch. Arb.-Verein diese Aufzeichnungen zu machen, bis er sein Amt niedergelegt haben würde; er hätte sich immerhin so lange, als seine Stelle noch kein Aenderer vertrat, strafbar gemacht.

Hierauf erfolgt der Strafantrag von 14 Tagen Gefängniß gegen Radow und von 6 Wochen Gefängniß gegen Derosoffi. Radow äußert sich nun in seiner Freiheitsbittung, wie folgt: Wenn auch bei uns, wie der Staatsanwalt ausführte, es nicht auf sehr schwer wiegende Beweise ankommen mag, sondern der Staatsanwalt Indizienbeweise für genügend hält, so müssen aber doch über Haupt Beweise da sein, und ich glaube, behaupten zu können, daß selbst die Indizienbeweise nicht als erbracht anzusehen sind. Ich behaupte, nach Schließung des Vereins durchaus keine strafbare Thätigkeit mehr ausgeübt zu haben.

Ich kann mein Alibi für Berlin nöthigenfalls nachweisen, und später habe ich in Berlin nur als Expedient fungirt.

Als Derosoffi vor der Schließung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins nach Bremen als Kassirer angetreten, geschah dies am 11. Juni, also zu einer Zeit, wo es mir noch nicht verboten war, Kassirer des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu sein.

Ich habe ferner erst im Oktober meinen Wohnsitz nach Berlin verlegt. Ferner hat während der Tage, wo ich nicht in Berlin war, der Expedientengehülfe Jacobs mein Geschäft geführt, und für dessen Thätigkeit bin ich nicht verantwortlich.

Der Staatsanwalt hat schon die Anklage betrifft, der „Westentaschen-Zeitung“ fallen lassen und ich wundere mich sehr darüber, da ich geglaubt, es handele sich namentlich um dieselbe bei dieser Anklage. Es hat sogar geschienen, als wolle der Staatsanwalt auch aus meiner Thätigkeit als Expedient des „Neuen Social-Demokrat“ eine Fortsetzung des Allgem. deutsch. Arb.-Vereins folgern. Die „Westentaschen-Zeitung“ ist, wie der „Neue Social-Demokrat“ und die „Social-politischen Blätter“ aber juristisches Eigentum des Herrn Hasenclever, und ich wollte den schon, die ihm über die Verwendung der hierdurch erzielten Gelder Vorschriften machen könnte.

Wenn auch unsere Partei im Stande ist, auf Hasenclever einen starken moralischen Druck auszuüben, in Folge dessen er einen großen Theil des Einkommens für Agitationszwecke verwendet, so ändert das nichts an dem persönlichen Eigentumsrecht des Herrn Hasenclever. Der Allg. deutsch. Arb.-Verein hat in den 11 Jahren seines Bestehens nie korporationsrechtlich gehandelt, also auch kein Eigentum erwerben können. — Wenn der Staatsanwalt auch die Anklage in Betreff der „Westentaschenzeitung“ fallen lassen, so fühle ich mich dennoch erst recht verpflichtet, diesen Punkt scharf in's rechte Licht zu stellen. In Betreff dieses hatte ich dreimal Vorantretung; zweimal wurde ich als Zeuge gegen Hasenclever vernommen und verurteilt. Aber wenn Sie das zusammenstellen, was ich bei diesen drei Verhören ausgesagt habe, so werden Sie zu keinem anderen Resultat kommen, als daß es bei der „Westentaschenzeitung“ nur auf die Beschaffung von Geldmitteln ankam, um dadurch Defizits, die sich bei anderen Einnahmen herausstellten, zu decken. Wenn aber auch die genannte Zeitung nur ausschließlich den Zweck gehabt hätte, die Beiträge des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu ersetzen, so wäre es immer noch keine Fortsetzung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.

Wäre diese Zeitung eine Fortsetzung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, so müßten erstens: ihre Abonnenten einen politischen Verein bilden; zweitens: müßte dieser Verein als Fortsetzung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins juristisch erkennbar sein.

Es besagt nun der Obertribunalbeschuß vom 7. Oktober 1873 wörtlich:

„daß, wenn das Vereinsgesetz den gesetzlichen Begriff eines politischen Vereins auch nicht näher bestimmt hat, darunter doch eine jede

Reihe von Personen verstanden werden muß, welche unter einem Uebereinkommen sich unter einer Leitung die Angelegenheiten der Zeit unter einer Leitung auf öffentliche Angelegenheiten betheiligen.“

„daß eine jede blanke als Verein anzuerkennende Beziehung, wenn sie politische Gegenstände in Versammlungen erörtert, dem Zwecke des § 2 des Vereinsgesetzes unterliegt.“ Die „Westentaschenzeitung“ Abonnenten haben weder durch ein Uebereinkommen sich vereinigt, noch stehen sie unter einer Leitung, noch haben sie jemals auf öffentliche Angelegenheiten einwirken können; sie sind unter einander sich ganz fremd und abonniren nur auf der Post oder bei den Kolporteurs, folglich fehlt jedes Moment eines politischen Vereins. — Außerdem ist es selbst Mitgliedern eines geschlossenen Vereins unbekannt, irgend einem anderen Verein als Mitglieder anzugehören, nur dürfen beide Vereine nicht identisch sein. Das Charakteristische des Allg. deutsch. Arb.-Vereins war aber, daß seine Mitglieder in Versammlungen politische Angelegenheiten erörterten. Noch niemals haben aber die Abonnenten der „Westentaschenzeitung“ derartige Versammlungen abgehalten; selbst wenn sie also einen Verein bildeten, wäre es ein anderer Art Verein, als der Allgem. deutsche Arb.-Verein; er stände nicht unter § 2 des Vereinsgesetzes und könnte also nicht Fortsetzung desselben sein.

(Schluß folgt.)

Bands. ed 12 März (Prozesse.) In den letzten Tagen (11. und 12. März) war dem Reichsgericht zu Altona zwei Prozesse ab. In dem ersten waren 6 hiesige Männer wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes (§ 16 al 2) angeklagt. Im zweiten Prozesse waren 2 hiesige Richter wegen desselben Vergehens angeklagt. Die Richter Steuers und Heide wurden kostenlos freigesprochen. Die Publikation des Urtheils im ersten Prozesse gegen die Männer wurde ausgesetzt. Das Interessante bei diesem Prozesse ist, daß einer der Beschuldigten vom Staatsanwalt des Reichsgerichts angeklagt werden soll, während der andere Beschuldigte von dem Angeklagten selbst als meinetwegen demagagiert ist.

Altona, 18. März. (Versammlungsankündigung.) Dienstag, den 16. März, fand hier selbst in dem hiesigen Salon eine öffentliche Arbeiter-Versammlung statt. Herr Schröderbach referirte über den Normalarbeitstag mit seinem Tagelohn. Während des Vortrages war von Herrn Kohl ein Antrag eingebracht, eine Versammlung zur Deckung der Kosten zu veranstalten; als der Antrag vom Vorsitzenden verlesen war und derselbe fragte, ob einer der Anwesenden das Wort zu diesem Antrag wüßte, erklärte der Herrwache Offizier, es sei nicht gestattet, eine Versammlung abzuhalten. Hierauf meldete sich einer der Anwesenden zum Wort und erklärte, daß die Versammlung kompetent sei, hierüber abzusprechen, worauf die Versammlung vollständig geschlossen wurde. D. C. Göttschow.

Frankfurt a. M., 18. März. (Wahlverzei.) Der definitive Vorkauf des hiesigen „Social-demokratischen Wahlvereins“ besteht aus folgenden Personen: G. Beyer, erster Vorsitzender; Fr. Müller, zweiter Vorsitzender; K. Kuhn und J. Schade, Schriftführer; J. Adam, Kassirer; Fr. und E. Müller, Fraktionsmänner.

Bremen, 16. März. (Allgemeiner Bericht.) Am 2. März hielten wir eine öffentliche Arbeiter-Versammlung im westlichen Stadtviertel ab, und zwar im Lokale der Tonhalle, wo am selben Abend ein Senator in den unteren Räumchen einen Volksbildungs-vortrag hielt. Nebenbei gesagt, wird die Volksbildung hier von Professoren und Doktoren und anderen gebildet sein, wozu noch hochstehenden Personen aus purer „Reinlichkeit“ berufen. Von welcher Art die Bildung ist, mag folgendes Beispiel zeigen: Ein Bildungspapier sagte im Laufe seines Vortrages, daß jetzt mehr größere Gehälter z. gezahlt würden, als zu Luther's Zeiten was dergleichen Unfug mehr. Auch der marxistische Plakat der Volksbildung zeigen es die Richter doch vor, lieber in unsere Versammlung zu gehen, und was es bel und auch geübt voll, während es im Volksbildungsbereich leer blieb. Der Herr hielt einen klar und leicht verständlichen Vortrag über: „Unsere Schulan in Dienst gegen die Freiheit.“ Alle Anwesenden sollten dem Reiner ihren Beifall und traten 14 Mann unserem Vereine bei, was mit und gemeinsam für die wahre Bildung des Volkes zu kämpfen. Herr Reichmann schloß hieran noch einige Worte. Derselben Vortrag hielt Herr Feld unter großem Beifall aller Anwesenden in einer Versammlung im östlichen Stadtviertel. Demzufolge hatten wir am 15. wieder eine Versammlung im ersten genannten Lokale, wo Herr Feld über sogenannte Schichten, jetzige Parteien und frühere Betheiligung an Napoleon III. einen Vortrag hielt. Reiner verlas dabei verschiedene Briefe von jetzigen „Parteien“, welche selbige an Napoleon III. geschrieben haben, und gelobt scharf ihre unpatriotische Handlungsart. Reiner sprach sich ebenfalls über eine solche Handlungsweise deutscher „Männer“ aus und gab die jährliche Versammlung dem Reiner angekündigt Beifall. Auch wurde noch ein Antrag, für die Sommerzeit eine Leserversammlung vorzunehmen, angenommen. Mit Gruß und Handschlag. E. Heide.

Mühlheim a. M., 14. März. (Versammlung.) Heute hielten wir eine jährlich beabsichtigte Volksversammlung ab, wobei aus der hiesigen Gesangsverein „Sonntagsgesang“ durch Gesangsstücke referirte. Ueber die Tagesordnung: „Die Vereinigung der deutschen Social-Demokratie“, referirte reichlich Herr Ulrich aus Osnabrück. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß nur durch das vereinte Zusammengehen der Arbeiter Deutschlands die Bewegung gefördert werden kann, erklärt die heutige Versammlung, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Vereinigung aller Arbeiter zu streben.“ Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Das Kontarbeitsgesetz“, sprach Herr Böhler aus Offenbach. Eine Leserversammlung für Osnabrück ergab 1 fl. 45 kr. Unter dem Vorsitze der Kassiererin trennte sich die Versammlung.

Schwelm, 13. März. (Volksversammlung.) Heute trug im Saale des Schützenhauses eine Volksversammlung, in welcher Herr Zwickler aus Alteburg über das Programm und die Verwirklichung der deutschen Arbeiter referirte. Reiner schloß reichlich unsere heutigen Sitten- und Gesangsvereinsleistungen. Als Capitel bezeichnete derselbe die Produktionsgenossenschaften, welche dem Kapital die Macht entreißen, den allgemeinen Volkswohlstand herstellen und überhaupt an Stelle der heutigen Unordnung die wirkliche Ordnung setzen. Zur Präliminierung des nationalen und internationalen Standpunktes der deutschen Arbeiterpartei, erklärte Reiner, derselbe werde national sein im geschichtlichen Kampfe gegen die bescheidenen realistischen Elemente und ungerathenen Gesellschaftsbeziehungen; international werde sie sein in dem Bewußtsein, überall, wo es nur Kulturvolker gibt, denselben Kampf gegen die Unterdrücker zu führen, und wir daher mit ihnen sympathisch müssen, unbekümmert darum, welche Grenzen und welche politischen Umstände und von ihnen trennen; international werde die Partei fernere sein in der Ueberzeugung, daß schließlich nur eine allgemeine Arbeiterbildung allen Völkern zum Wohle gereichen kann. Ueber die Organisation der deutschen Arbeiterpartei sprach Reiner, derselbe werde die deutsche Arbeiterpartei laute Reiner der vorgeschlagenen Punkte halber nicht sprechen und verzog daher diesen Punkt bis zu einer nächsten Versammlung und schloß mit den Worten: „Der meine Zeit genug gehen, der hat gelebt für alle Zeiten!“ Da sich kein Gegner zum Wort meldete, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung begrüßt mit Freuden die Vereinigung der social-demokratischen deutschen Arbeiter, was gleich in dem Programm der deutschen Arbeiterpartei ihr volles Einverständnis.“ Hieran ergreift der Vorsitzende das Wort zur Kritik des hiesigen Beschlusses. Auch Herr Zwickler beschränkt zum Schluß die ges. mit liberaler Presse und forderte die Arbeiter an, wie die Arbeiterblätter zu lesen.

Altona, 15. März. (Volksversammlung.) Sonntag, den 14. d. hielten wir eine gut besuchte Volksversammlung ab, in der Herr Richter aus Altona referirte. Die Tagesordnung war: Die Art der Arbeiter auf dem Obliche der Politik und der Volkswirthschaft. Herr Richter verlas auch vortrefflich, seine Zuhörer zu versetzen. Auf Volksbewusstseins wurde diesmal weiter nicht gefolgt. Als eben ein Antrag von Seiten der Versammlung angenommen wurde, zur Deckung der Kosten zwei Kellner am Ausgang aufzustellen, erwiderte Herr Zwickler, er habe von seinem Stande mit den Worten: „Eine Leserversammlung ist nicht erlaubt.“ Es trat dann eine Pause von 1 Stunde ein. Nach Schluß der Pause sprach noch Herr Richter zur Ergänzung seines Vortrages. In gehobener Stimmung schloß die Versammlung unter dem Vorsitze des Arbeitervereins.

Fr. Reihmeyer.

Staufenberg bei Düsseldorf, 17. März. (Ein Opfer der Kapitalmacht) ...

Hildesheim, 18. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Stettin, 18. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Hamburg 18. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Stettin, 17. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Cottbus, 18. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Wiesbaden, 21. März. (An die Abonnenten) des „Neuen Social-Demokraten“ ...

Stettin, 17. März. (An die Parteigenossen) ...

Bielefeld, 14. März. (An die deutschen Zimmerleute) ...

Altona, 14. März. (Cigarrenarbeiterversammlung) ...

Wir empfehlen unseren Parteifreunden auf das Dringendste den „Agitator“ ...

Die „Ger.-Btg.“ enthält folgenden Bericht über eine für die Verhältnisse der Arbeiter nicht unwichtige gerichtliche Entscheidung ...

An die Parteigenossen! Diejenigen Orte, welche nicht allzu weit von Berlin liegen ...

Table with 2 columns: Name of the publication and its price. Includes titles like 'Offenes Antwortschreiben', 'Arbeiter-Lesebuch', etc.

Der Prozeß wider Ferdinand Lassalle von der korrekzionellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864 ...

*) Um mit dem kleinen Rest der Kalender zu räumen, haben wir auch hier den Preis heruntergesetzt.

„Social-politische Blätter“ zu herabgesetzten Preisen, und zwar, wie folgt:

Jahrgang 1873 à 2,00 Mark, 1874 à 2,50 ...

Briefkasten.

Anonyme Einwendungen, Anfragen u. s. w. können nicht berücksichtigt werden.

Zur Beachtung! Aus folgenden Orten sind wegen Verzug oder Todesfalles der Adressirten Briefsendungen retour gekommen:

Freiburg i. B., Goslar, Spremberg, Perleberg, Lützenburg, Steinbach bei Frankfurt a. M., Giesendorf bei Teltow.

Da die Nummer unseres Blattes nach den Feiertagen (Mittwoch) ausfällt, so ersuchen wir die Einsender von Annoncen, uns dieselben schon zur Sonntagnummer (28. März) zugehen zu lassen.

Annoncen.

Berlin. Öffentliche Versammlung: Dienstag, den 23. März, Abends 8 1/2 Uhr.

Knaus-Ausstellung der Nonnenkreuzer-Kranke und Sitzstühle, den 25. März, Abends 8 Uhr.

Hannover. Den 1. Osterfeiertag, Nachm. von 4 Uhr an, bei den Kartens, zur Geburtsstagsfeier Ferd. Lassalle's.

Tücht. Schneidergejellen werden gesucht. Vereinsauswicklungs-Kant.

Berlin. Sonntag, den 28. März, Nachm. 11 Uhr, im Louisenstädtischen Theater.

Altona. Sonntag, 28. März, Nachm. 4 Uhr, im Englischen Garten.

Stuttgart. Mittwoch, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Geuber.

Hannover. Den 1. Osterfeiertag, Nachm. von 4 Uhr an, bei den Kartens.

Berlin. Grosse Matinée, unter Mitwirkung des Henneberg'schen Operncorps.

Hamburg. Mittwoch, 24. März, Abends 8 1/2 Uhr, Nachstr. 11, auf der Heerde (St. Pant).

Stuttgart. Mittwoch, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Geuber.

Hannover. Den 1. Osterfeiertag, Nachm. von 4 Uhr an, bei den Kartens.

Berlin. Sonntag, den 28. März, Nachm. 11 Uhr, im Louisenstädtischen Theater.

Hamburg. Mittwoch, 24. März, Abends 8 1/2 Uhr, Nachstr. 11, auf der Heerde (St. Pant).

Stuttgart. Mittwoch, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Geuber.

Hannover. Den 1. Osterfeiertag, Nachm. von 4 Uhr an, bei den Kartens.

Berlin. Sonntag, den 28. März, Nachm. 11 Uhr, im Louisenstädtischen Theater.

Hamburg. Mittwoch, 24. März, Abends 8 1/2 Uhr, Nachstr. 11, auf der Heerde (St. Pant).

Stuttgart. Mittwoch, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Geuber.

Hannover. Den 1. Osterfeiertag, Nachm. von 4 Uhr an, bei den Kartens.